

Strafanzeigen, Vorwürfe und illusorische Träume

In der Corona-Krise ist die Kritik am Umgang der Zürcher Behörden mit abgewiesenen Asylsuchenden eskaliert – was ist dran an den Vorwürfen?

LINDA KOPONEN, FABIAN BAUMGARTNER
(TEXT), SIMON TANNER (BILDER)

Yassir Bukhari* will nicht gehen. Seit fast drei Jahren lebt der junge Kurde zusammen mit anderen abgewiesenen Asylsuchenden in Zürcher Rückkehrzentren. Warten und Ungewissheit, Spannungen und Angst prägen seinen Alltag. «Wenn du Ziele hast und arbeiten möchtest, ist das Leben hier sehr schwierig.» Seine Wertsachen trägt Bukhari immer bei sich. Es gebe immer wieder Männer, die Konflikte suchten, seinem neuen Zimmergenossen traue er nicht so richtig über den Weg.

Die Schweizer Behörden haben das Asylgesuch des Kurden abgelehnt. Arbeiten oder sich integrieren darf er nicht, weil er das Land längst verlassen müsste. Yassir Bukhari harrt trotzdem aus. Er sagt: «Wenn man aus meinem Land weggeht, kann man nicht einfach wieder zurück.»

Bukhari ist einer von vielen: Insgesamt 634 abgewiesene Asylsuchende leben allein im Kanton Zürich. Einige von ihnen bereits seit über einem Jahrzehnt. Sie nehmen ein Leben in Kauf ohne Aussicht auf eine Zukunft oder gar eine gesicherte Existenz in dem Land, das für sie eine neue Heimat hätte werden sollen. Die Behörden versuchen, sie zur Ausreise zu bewegen – lieber früher als später.

Doch Zürichs Umgang mit den Abgewiesenen steht unter Beschuss. Hilfsorganisationen kritisieren das Vorgehen und die Bedingungen in den Rückkehrzentren des Kantons bereits seit längerem scharf. In der Corona-Krise hat sich der Konflikt weiter zugespitzt. Der Verein Solidarité sans Frontières und die Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz reichten Ende Mai Strafanzeige gegen den Sicherheitsdirektor Mario Fehr (sp.), mehrere Mitarbeiterinnen seiner Sicherheitsdirektion sowie die Betreuungsfirma ORS ein.

Die Anzeige umfasst 71 Seiten

Der Hauptvorwurf: Die Bewohner würden in den Unterkünften einer Gefahr für das Leben und einer schweren unmittelbaren Gefahr für die Gesundheit ausgesetzt. Nötigung, Körperverletzung durch Unterlassung sowie Verletzung des Epidemiengesetzes lauten drei der genannten Vorhaltungen in der 71 Seiten umfassenden Anzeige.

Gleichzeitig mit der Strafanzeige starteten die Kläger eine Kampagne gegen das ihrer Ansicht nach zu repressive Asylsystem. Die Reaktion der Sicherheitsdirektion erfolgte prompt: Das Ganze sei ein Missbrauch des Strafrechts für politische Zwecke. Die Anzeige liegt derzeit bei der Staatsanwaltschaft, sie muss nun prüfen, ob an den Vorwürfen etwas dran ist.

Eine Behörde in der Dauerkritik, illusorische Träume von abgewiesenen Asylsuchenden und Aktivisten, die keine Möglichkeit auslassen, um ihren Lieblingsfeind Mario Fehr anzugreifen. Es ist eine festgefahrene Situation. Wie konnte es so weit kommen?

Den Stein ins Rollen bringt Markus Fritzsche. Anfang April erhebt der Arzt im «Tages-Anzeiger» schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitsdirektion. Fritzsche ist zu diesem Zeitpunkt für die Bewohner der Unterkunft in Adliswil zuständig. Der Kanton habe «extrem dilettantisch» auf die Bedrohungslage reagiert. Unter anderem sei ihm die Spitalweisung einer an Corona erkrankten Patientin mit chronischen Krankheiten verweigert worden, das Testen der restlichen Bewohner, die sich womöglich ebenfalls mit dem Coronavirus infiziert hätten, sei verboten worden. Fritzsche befürchtet, dass es etliche Erkrankte gibt.

Die Behörden reagieren. Aber nicht so, wie es sich die freiwilligen Helfer und Fritzsche erhofft haben. Wenige Tage nach der Publikation des Artikels entzieht der Kanton Fritzsche das Mandat als Asylarzt. Im Kündigungsschreiben des Sozialamts ist von «Zweifeln über die Vertrauensbasis der Zusammenarbeit» die Rede.

Kurz darauf wird auch die Gesundheitsdirektion aktiv. Sie startet ein aufsichtsrechtliches Verfahren gegen den Arzt. Die Behörde wirft Fritzsche vor, Patientendaten über die Frau unberechtigterweise weitergegeben und dadurch sowohl die ärztliche Schweigepflicht als auch das strafrechtlich geschützte Berufsgeheimnis verletzt zu haben. Die Untersuchung ist noch immer hängig.

Fritzsche hält an seiner Kritik fest, als ihn die NZZ in seiner Praxis trifft. Seine Schilderungen der letzten Monate sind allerdings zuweilen abenteuerlich und lassen sich nicht vollständig nachprüfen. Im Gespräch verwechselt er zuweilen Monate, Funktionen und Namen, so dass es teilweise schwerfällt, ihm zu folgen. Bei der verweigerten Spitalweisung der Corona-Patientin bleibt bis heute unklar, wo der Fehler passiert war. Klar scheint einzig, dass die Behörden selbst keine Einweisungen vornehmen können.

Die Geschichte wirft Fragen auf. Als Asylarzt mit 30-jähriger Erfahrung ist Fritzsche der gewichtigste Kritiker und zugleich ein wichtiger Zeuge in der Anzeige gegen die Zürcher Behörden. Aber ist er auch glaubwürdig? Der einzige Kritiker in der Ärzteschaft ist er jedenfalls nicht. Theo Leutenegger, Mediziner in der unterirdischen Zivilschutzanlage in Urdorf, welche die SP des Kantons Zürich am liebsten für immer schliessen würde, sagt: «Menschen jahrelang ohne Tageslicht unter der Erde einzuquartieren, entspricht nicht gerade der humanitären Tradition der Schweiz.»

Die Zustände in Urdorf seien auch in normalen Zeiten gesundheitlich bedenklich. In der Corona-Krise hätten sich die Probleme jedoch akzentuiert. «Gerade zu Beginn der Pandemie war es viel zu eng und daher unmöglich, Abstand zu halten.» Der Kanton habe seither Massnahmen ergriffen und die Belegung nochmals deutlich reduziert. Ob das Zentrum für eine zweite Welle gerüstet wäre, kann Leutenegger nicht sagen. Acht Personen aus dem Asylbereich haben sich bisher mit dem Coronavirus infiziert. Man habe vor allem unglaub-



Die Kritik an der Unterbringung der Bewohner im Durchgangszentrum Adliswil bringt den Stein ins Rollen.

liches Glück gehabt. «Wenn man einen Superspreader im Bunker hätte, wäre die Situation eine ganz andere.»

«Integration ist kein Ziel»

Die Schilderungen zeigen: Im Konflikt geht es um die grundsätzliche Frage, wie in der Schweiz mit abgewiesenen Asylsuchenden umgegangen werden soll. Zürich fährt im Vergleich zu anderen Kantonen einen harten Kurs. Fehrs Sicherheitsdirektion setzt auf Rückkehrhilfe und Rayonverbote, Ausschaffungshaft und Eingrenzungen. Die Betroffenen müssen sich zwei Mal pro Tag in den Unterkünften melden, wenn sie ihre 8 Franken 50 an Nothilfe erhalten wollen. Mit der Corona-Krise kam noch die Frage hinzu: Waren die Behörden genügend auf die Pandemie vorbereitet?

Die Sicherheitsdirektion hat stets auf Gesundheits- und Pandemiekonzepte verwiesen, diese seien rechtzeitig aktiviert worden, heisst es. Für den Schutz der Bewohner in den Unterkünften ist die Betreuungsfirma ORS zuständig. Die NZZ hat Mitte Juni Einblick in das Schutzkonzept erhalten, welches vom Sozialamt im Mai in Auftrag gegeben und seither laufend aktualisiert worden ist. Das 40-seitige Dossier lässt zwar keine Aussagen über die Vorkehrungen in der Hochphase der Pandemie zu, vermittelt aber einen Eindruck über die Situation in den Kollektivunterkünften. Direkt aus dem Papier zitieren dürfen wir aber nicht.

Neben allgemeinen Vorgaben wie Distanz- und Hygieneregeln ist für jedes

der Zentren auch eine optimale Belegung pro Zimmer berechnet. Auf dem Papier lesen sich die Schutzmassnahmen gut. Viele der Massnahmen dürften jedoch Idealvorstellungen sein – abhängig von den Menschen, die sich an sie halten sollen, und von der Infrastruktur, die nur wenig Spielraum für die Umsetzung lässt. Unterirdische Anlagen ohne Fenster lassen sich schlecht lüften. In Mehrbettzimmern wird Distanzhaltung schnell zum Problem. Und wenn sich 88 Personen eine Küche teilen, ist bei der Reinigung besonderer Effort gefragt – auch dann, wenn dies gestaffelt erfolgt.

Andrea Lübbertstedt ist verantwortlich für die Koordination bei der Unterbringung. Seit zweieinhalb Jahren leitet sie das Zürcher Sozialamt. Als sie in gleicher Funktion im Kanton St. Gallen tätig war, nannte sie das «St. Galler Tagblatt» einmal «Übersetzerin für Soziales», die lieber wenig für sehr viele statt viel für einige wenige tue. Für die Kritiker ist Lübbertstedt mitverantwortlich für die «prekären Zustände» in den Zürcher Rückkehrzentren.

Zur Strafanzeige äussert sich die 43-Jährige nicht. Doch sie wehrt sich gegen den Vorwurf, man habe die Bewohner der Rückkehrzentren einer Gefahr ausgesetzt. Die Situation in den Zentren bezeichnet Lübbertstedt als sehr einfach. Gerade in der Krise habe man das Bestmögliche für die Nothilfempfeänger gemacht, sei auch auf Anregungen und Kritik eingegangen. Als Beispiel erwähnt die Amtschefin die Installation eines Wireless-Netzes in den Unterkünften. Die Bewohner hät-

ten deswegen nicht extra Prepaidkarten kaufen müssen. Zudem habe man in der Corona-Krise eine Notfallstation eigens zur Isolation von infizierten Asylsuchenden und zum Schutz der anderen Bewohner eingerichtet.

Lübbertstedt betont aber auch: «Das Schweizer Recht sagt, dass abgewiesene Personen die Schweiz verlassen müssen. Darum ist Integration kein Ziel.» An dieser Ausgangslage ändere auch die Corona-Krise nichts. Hinzu komme, dass weder der Bund noch der Kanton im Asylbereich Nothilfe erlassen hätten. «Die Gesetze gelten also weiterhin.»

Wenn man Nothilfe in Anspruch nehme, müsse man seinen Bedarf begründen. In der Krise verzichtete die Behörde allerdings vorübergehend darauf, zweimal täglich eine Unterschrift zu fordern. Es reichte, einmal wöchentlich vorstellig zu werden, um das Essensgeld zu erhalten. Für die Leiterin des Sozialamts ist klar: «Bis zu einem gewissen Grad mussten wir darauf bestehen, dass die Leute ihren Bedarf uns gegenüber auch geltend machen.» Auch dies sei ein Prinzip der Rechtsstaatlichkeit.

Die Lage der Abgewiesenen könne sie durchaus nachvollziehen, sagt Lübbertstedt. «Die Leute haben alles auf eine Karte gesetzt und die schlimmsten Wege auf sich genommen, um nach Europa zu kommen und sich in der Schweiz ein neues Leben aufzubauen.» Umso schwieriger sei es dann, wenn sich diese einzige Hoffnung nicht erfüllte. «Deshalb fokussieren wir ja auch auf die Rückkehrberatung. Wir wollen den Leuten eine neue Perspektive ermöglichen.